Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.50, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Kunnerstr. 25, Tel. I, Nr. 4583.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.

Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**. Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8**, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 9. **Freitag** 5. Januar 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Generaldirektor der badischen Staatsbahnen, Geheimrat Roth, traf, nach Meldung der „T. R.", in München ein, um die Verhandlungen über die Personentarifreform fortzusetzen.

* Im preußischen Kultusministerium trat eine Konferenz zusammen, die sich mit der Reform des höheren Bildungswesens für Mädchen beschäftigt. (S. Deutsches Reich.)

* Sowohl von der englischen Botschaft, wie vom Vatikan werden die Meldungen dementiert, wonach die Prinzessin von Battenberg, die designierte Verlobte des Königs von Spanien, nach Rom kommen wolle, um katholisch zu werden.

* Erdbeben und ein Ausbruch des Vulkans San Diego haben die Stadt Majega in Nicaragua völlig zerstört. Tausende fanden den Tod. (S. Neuestes.)

* Der gestern in Darmstadt wegen Sittlichkeitsverbrechens zu Gefängnis verurteilte Oberbergrat Dr. Chelius hat Selbstmord begangen. (S. Neuestes.)

Politische Tagesschau.

Leipzig, 5. Januar.

Reichstag und Flottenvorlage.

Zu der Frage, ob es möglich ist, daß der Reichstag über die Flottenvorlage der Regierung hinausgehen kann, schreibt Kapitänleutnant a. D. O. Liersemann in der „Preußischen Korrespondenz":

Der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg, mit dessen patriotischer Haltung in nationalen Dingen man sich im übrigen durchaus einverstanden erklären kann, hat in seiner Reichstagsrede vom 12. Dezember eine Aeußerung getan, die meines Erachtens nicht unwidersprochen bleiben darf.

Er sagte u. a.: „Die Forderung der Vermehrung unserer Flotte wird allseitig anerkannt und sie wird von allen Parteien für durchaus mäßig gehalten, von mancher Seite wird ein stärkerer und schnellerer Ausbau der Flotte gewünscht. . . . . Die Regierung hat die volle Verantwortung für ihre Vorlage und wir haben als Volksvertreter keineswegs Veranlassung, über diese Forderungen hinauszugehen. Wir sehen keine Veranlassung, über die gegenwärtige Forderung der Regierung in der Flottenvorlage hinauszugehen."

Diesen letzten Satz kann ich nicht unterschreiben und setze dem ein „Warum nicht?" entgegen. Ist die Volksvertretung der Ansicht, daß die Regierungsvorlagen nicht das Maß des im Interesse der Sicherheit des Landes unbedingt zu Fordernden erreichen, so hat sie nicht nur das Recht, sondern die unabweisbare Pflicht, dies zum Ausdruck zu bringen und über die Regierungsforderungen hinauszugehen.

In anderen Ländern, z. B. England und Frankreich, ist es nicht einmal, sondern wiederholt der Fall gewesen, daß das Parlament bei Beratungen der Armee- und Marinevorlagen ganz erheblich mehr bewilligte, als von der Regierung gefordert wurde.

In einem Bericht über das französische Marinebudget für 1902 in der Kammer der Deputierten heißt es: „Die Kammer bewilligte auf einen Antrag aus ihrer Mitte 240 000 ℳ für ein Modell-Versuchsbassin . . . das bewilligte Budget schließt mit 246 Millionen Mark ab, 254 600 ℳ mehr als der Regierungsvoranschlag."

Ferner: „Die Budgetkommission der Kammer forderte die Regierung auf, in das Marinebudget für 1903 die für vollständig kriegsbereite Indienststellung des Mittelmeergeschwaders während des ganzen Jahres erforderliche Summe einzustellen. Die betreffenden Titel sind darauf von der Kommission um rund 8 Millionen Mark erhöht worden. Durch Initiative der Kammer erreicht somit das Marinebudget eine Gesamthöhe von 253 409 790 ℳ!

Ferner wurde als Ergebnis der Budgetverhandlung festgestellt:

„Die französische Volksvertretung ist nach wie vor bereit, für die Bedürfnisse der Landesverteidigung, auch zur See, über die Forderungen der Regierung hinaus aus eigenem Antriebe das Erforderliche zu bewilligen."

Aus der Mitte des deutschen Reichstages sind bisher noch niemals derartige Anträge gestellt worden.

Darf das aber ein Grund sein, es auch jetzt und in aller Zukunft nicht zu tun?

Das Ausland verfolgt unsere Reichstagsverhandlungen mit gespanntestem Interesse.

Welchen großartigen Eindruck würde es dort machen, wenn der Reichstag zum ersten Male die Regierung zur Erhöhung des Marinebudgets auffordern würde!

Die hierdurch gewonnene Erhöhung unseres Ansehens bei den fremden Nationen würde in gar keinem Verhältnis zu dem Opfer der Mehrausgaben stehen.

Hoffentlich können sich die jetzt noch auf Weihnachtsurlaub daheim weilenden Reichsboten davon überzeugen, daß gerade jetzt eine ungeheuer marinefreundliche Stimmung im Lande herrscht, und hoffentlich sind auch die vom Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg erwähnten und von anderer Seite angeregten zahllosen Petitionen der Anlaß zu einer Aufforderung an die Regierung, den Ausbau der Flotte zu beschleunigen! Das wäre das schönste Neujahrsgeschenk für die deutsche Nation.

Zur Marokkokonferenz.

Bei dem eminenten politischen Interesse, das die Marokkofrage durch die ihr von französischer Seite zuteil gewordene Behandlung naturgemäß hat gewinnen müssen, ist die Tatsache, daß es sich für uns in jenem Lande zunächst nur um nicht einmal allzu beträchtliche Handelsinteressen handelte, ganz in den Hintergrund getreten. Und auch nicht mit Unrecht, denn schließlich bedeuten zirka 20 Millionen Mark — und dies ist für die Bewertung unserer marokkanischen Handelsbeziehungen schon recht hoch gegriffen — so gut wie gar nichts gegenüber dem Kriegsrisiko, dem wir aus Gründen berechtigten Nationalstolzes uns unter Umständen hätten aussetzen müssen.

Nun aber die Konferenz, und damit die schiedlich-friedliche Lösung der marokkanischen „Frage" nahegerückt ist, wollen wir hier nochmals kurz skizzieren, was der deutsche Marokkohandel von diesem Rat der Völker, den zusammenzubringen so viel Mühe gekostet hat, verlangen muß, wenn nicht die ganze Aktion — wenigstens für den Handel — ein Schlag ins Wasser werden soll.

Selbstverständlich ist zunächst die absolute Wahrung des Prinzips der offenen Tür. Der Maghzen wird weder jetzt, noch in Zukunft irgend einer Macht Zollvergünstigungen, Schiffahrtserleichterungen usw. usw. zugestehen dürfen, die nicht auch uns ohne weiteres zugute kommen. Man kann wohl annehmen, daß diese Fundamentalbedingung, ohne welche die ganze Konferenz keinen rechten Sinn hätte, von deutscher Seite sicher durchgesetzt werden wird. Hierher gehört auch die angemessene Berücksichtigung der deutschen Industrie bei der Vergebung von marokkanischen Staatsaufträgen, namentlich für Verkehrsanlagen, zu denen sich der Maghzen doch einmal wird entschließen müssen.

Schwieriger ist das Problem der Sanierung der marokkanischen Währungsverhältnisse. Der gegenwärtige schauderhafte Zustand des dortigen Geldmarktes wird in beteiligten Kreisen wohl nicht mit Unrecht zum Teil den Treibereien französischer Finanziers zugeschrieben, die darauf reflektieren, durch die Gründung einer von ihnen abhängigen marokkanischen „Staatsbank" später als die Retter in der Not auftreten zu können, um aus dieser Situation dann weiteren Vorteil zu ziehen. Hier wäre anzustreben, daß die an sich sehr wünschenswerte Staatsbank nicht ohne deutsche Mitkontrolle verwirklicht würde.

Ein dritter Punkt ist die innere Unsicherheit des Landes, der nur durch eine tüchtige Polizei gesteuert werden könnte. Und dies ist wohl der schwierigste Teil der ganzen Marokkofrage. So sicher es feststeht, daß der Handel mit Marokko durch die häufigen Mordtaten (man erinnert sich der Fälle Rockstroh und Haeffner) und Raubanfälle auf europäische Posten, sowie den noch immer florierenden Strandraub (z. B. bei der Strandung des deutschen Dampfers „Brake") schwer leidet, so sicher ist es auch, daß die Uebergabe der Polizeigewalt an eine europäische Macht eine höchst mißliche Sache wäre — nicht zum mindesten für die betreffende Macht selbst, die mit dem fanatischen Widerstande der Mauren zu rechnen hätte. Es ist diese Frage vielleicht die gefährlichste Klippe in dem ganzen, nicht gerade harmlosen Fahrwasser der Konferenzverhandlungen. Vom rein marokkanischen Standpunkt aus betrachtet — wenn wir die politische Seite ganz ausscheiden —, wäre es gar nicht einmal so schlecht, Frankreich mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die allgemeine Unbeliebtheit, deren es sich schon jetzt in Marokko erfreut, seit die Karten Delcassés aufgedeckt sind, würde dann voraussichtlich derartig wachsen, daß dem deutschen Handel nur Vorteile daraus entstehen könnten. Die Schwierigkeit liegt aber natürlich darin, daß Frankreich diese unerfreuliche Arbeit nicht ohne weitgehende sonstige Konzessionen übernehmen würde, bloß aus platonischem Interesse an der Vorbereitung der Zivilisation.

Ob es möglich sein wird, die marokkanische Regierung so weit zu kräftigen, daß sie selbst für Ruhe und Ordnung in ihrem Lande sorgen kann, wie es eigentlich Deutschlands Interesse erfordert, das ist eine Frage, auf welche auch die Konferenz wohl kaum eine Antwort finden wird.

Deutsches Reich.

Leipzig, 5. Januar.

* **Kaiser und Papst.** Der preußische Gesandte am Vatikan, Frhr. v. Rotenhan, überreichte gestern im Auftrag des Kaisers Wilhelm dem Papst den Schlußband des aus Reichsmitteln herausgegebenen Werkes über die Sixtinische Kapelle. Nachdem der Gesandte das Geschenk überreicht hatte, dankte der Papst in warmen Worten. Hierauf hielt der Referent des Sixtina-Werkes im Reichsamt des Innern, Oberregierungsrat Dr. Kaufmann, eine italienische Ansprache, in der er das liberale Entgegenkommen der Päpste gegenüber der deutschen Wissenschaft hervorhob und die Bedeutung der Herausgabe des Werkes betonte. Der Papst dankte dem Redner durch wiederholten Händedruck und bemerkte, daß der Vatikan ein Haus aller sei, welches den Forschern der ganzen Welt offen stehe. Der Papst ließ sich dann das Werk vom Verfasser Dr. Steinmann vorlegen und erklären, und gab häufig seiner hohen Befriedigung Ausdruck.

Deutsche und Japaner. Ueber einen Zwischenfall in Peking zwischen deutschen und japanischen Soldaten hatte Laffans Bureau eine Darstellung verbreitet, nach der eine betrunkene japanische Patrouille am Montag abend deutsche Soldaten angegriffen haben und wobei 8 deutsche und 12 japanische Soldaten verwundet sein sollten. Der deutsche Kommandeur habe über den Vorfall Besprechungen mit den Kommandeuren der anderen fremden Besatzungen gehabt. Diese Meldung ist nach offiziösen Informationen stark übertrieben und zum Teil völlig unrichtig. Der Vorgang, dem jede politische Grundlage fehlt, ist bereits vollkommen und in freundschaftlicher Form zwischen beiden Regierungen beigelegt worden.

* **Aus Südkamerun.** Mit der letzten Post sind in Hamburg wieder beunruhigende Nachrichten aus Südkamerun eingetroffen. Mit den 2 Kompagnien, die dem Hauptmann Schemmemann zur Verfügung standen, ist es nicht gelungen, in dem großen Gebiet Ruhe zu schaffen. Wenn nicht bald energische Schritte getan werden, des Aufstandes Herr zu werden, ist zu befürchten, daß das Land noch lange nicht zur Ruhe kommt.

* **Die Chemnitzer Reichstagsersatzwahl,** die durch den Rücktritt Schippels notwendig geworden ist und bei dem starken Ueberwiegen der sozialdemokratischen Wählerschaft zweifellos wieder zugunsten der Sozialdemokratie ausfallen wird, hat auf bürgerlicher Seite nicht zu einer einheitlichen Kandidatur geführt. Man stellte den konservativen Kommerzienrat Hermsdorf-Chemnitz auf und die Freisinnige Volkspartei wählte als ihren Kandidaten den Bankdirektor Hüfner-Chemnitz. Die Nationalliberalen standen dabei vor der Frage, ob sie mit den Konservativen gehen oder, wie es der nationalliberale Landtagsabgeordnete Langhammer-Chemnitz erstrebte, einen entschieden liberalen Kandidaten aufstellen sollten, der ihnen und den Freisinnigen genehm sein konnte. Sie entschieden sich in einer schlecht besuchten Versammlung für das Zusammengehen mit den Konservativen, ein schwerer taktischer Fehler. Die Folge davon war, daß Abg. Langhammer aus dem Aktionskomitee ausschied und offen erklärte, daß er mit seinen engeren Freunden die Kandidatur Hermsdorf nicht unterstützen werde. Das kommt davon, wenn man die alte Kartellpolitik unter konservativer Führung immer wieder fortsetzen will, anstatt gerade in Großstädten darauf bedacht zu sein, durch die Aufstellung wirklich liberaler Kandidaturen eine Einigung des bürgerlichen Liberalismus zu erzielen und es dann den Konservativen zu überlassen, ob sie durch eine Sonderkandidatur die Sozialdemokratie indirekt unterstützen wollen.

* **Zur Reform des höheren Mädchenschulwesens** tagte am Donnerstag im preußischen Kultusministerium eine Konferenz von sachverständigen Beratern aus den Kreisen der Lehrer und Lehrerinnen. Bei der Konferenz handelt es sich um eine umfassende Neuorganisation der Töchterschule, sowie der Vorbildung für Lehrerinnen und die künftigen Universitätsstudentinnen. Ueber die Pläne der Regierung weiß in Erwägung früherer Mitteilungen die „Nat.-Ztg." mitzuteilen, daß die Regierung weitgehende Zugeständnisse an die Weiterbildung der Mädchen machen will. Sie beabsichtigt nicht ein Gleiches, sondern der höheren Knabenschulbildung Gleichwertiges zu schaffen. Bleibt abzuwarten, inwieweit die Verhandlungen die Ausführung dieser Pläne sichern werden.

* **Wahlrechtsdemonstrationen.** Die „Frkf. Ztg." meldet aus Eisenach: Der Landesausschuß der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen-Weimar ist nach Auflösung einer Versammlung gelegentlich der Landtagswahlen in Ilmenau ersucht worden, in Sachsen-Weimar eine Demonstration für das gleiche allgemeine direkte und geheime Wahlrecht in die Wege zu leiten und mit der vom internationalen sozialdemokratischen Bureau für den 22. Januar beschlossenen Kundgebung in Verbindung zu bringen.

* **Eine Reihe von Arbeiterkongressen** wird, wie die „T. R." meldet, in diesem Jahre in Berlin stattfinden. Den Anfang macht der Kongreß der eingeschriebenen und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen, der in Berlin im Gewerkschaftshause am 16. Januar zusammentritt. Die Tagesordnung lautet: Der Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen und die Beratung der vorliegenden Anträge.

Feuilleton.

Als er geendet, bebte das Gefild
So heftig, daß noch immer von dem Grausen
In der Erinnerung der Schweiß mir quillt.
Die Tränenflur erhob ein Windesfausen,
Und scharlachrotes Licht fuhr übers Feld;
Da schwanden mir die Sinne, und beim Brausen
Fiel ich, wie einer, den der Schlaf befällt.

Dante.

Die unterdrückten Briefe Napoleons I.

Von Professor Dr. Eduard Engel.

II.

Wer Napoleon von der Heiligkeit des Briefgeheimnisses gesprochen hätte, den hätte er ausgelacht und für einen Ideologen — sein stehendes Wort für Menschen mit Grundsätzen — erklärt. Nicht zu zählen sind seine Anordnungen, einzelne Briefe oder ganze Posten abzufangen. Von völkerrechtlichen Bedenken war er völlig frei. Wo er nur Briefe selbst von Monarchen der mit ihm zufällig in Frieden lebenden Länder stehlen lassen konnte, tat er es in allen Fällen, in denen es ihm gut dünkte. Indessen mit schöner Unparteilichkeit nahm er seine eigenen Geschwister von diesen Maßregeln nicht aus. Ein Beispiel für unzählige: An den Generalpostdirektor, aus St. Cloud 1808: „Es ist notwendig, alle Briefe der in Madrid lebenden fremden Gesandten auf der Post abzufangen. Halten Sie sie zwei Wochen zurück und lassen Sie sie erst danach weiter gehen. Die Entzifferung der Depeschen des preußischen Geschäftsträgers in Madrid wäre unter den gegenwärtigen Umständen von großem Wert."

Die kleinste Eigenmächtigkeit, die auch nur entfernt eine Nichtachtung seiner Obergewalt bedeuten konnte, zertrat er unerbittlich, und er trug kein Bedenken, bis zu den elendesten Läppereien hinabzusteigen. Fünf vornehme Venetianerinnen hatten einen österreichischen Damenorden erhalten. Hierauf donnert Napoleon wie folgt: „Sagen Sie den fünf Damen, daß sie keinen österreichischen Orden zu tragen haben, und verbieten Sie, daß solche im Königreich Italien überhaupt getragen werden; dies ist mein strenges Verbot. Die Damen haben die Sternkreuze, die sie nach dem Friedensvertrag erhalten haben, zurückzusenden. Die Kaiserin von Oesterreich sollte wissen, daß ohne meine Erlaubnis kein Orden in meinen Ländern verliehen werden darf."

Aus Pultusk, zwischen den Schlachten gegen die erstarkenden Preußen, ergeht an Fouché der Befehl vom 31. Dezember 1806: „Wenn Herr Chénier (der Bruder des Dichters André Chénier) sich die geringsten Bemerkungen erlaubt, so lassen Sie ihn wissen, daß ich den Befehl zu seiner Verschickung nach der Insel St. Marguerite geben werde. Die Zeit zum Spaßen ist vorbei. Er hat sich ruhig zu verhalten; dies ist sein einziges Recht. — Lassen Sie die schurkische Frau von Staël sich nicht Paris nähern; ich weiß, daß sie nicht weit davon lebt. — Lassen Sie Artikel als aus Bukarest kommend veröffentlichen, wonach die Russen die Moldau und die Türken die Walachei besetzt haben. Es ist wahr — ausnahmsweise — aber man muß doch die öffentliche Meinung darüber aufklären. Lassen Sie aus Tilsit herrührende Briefe über Persien erscheinen. Es ist Tatsache, daß das russische Reich von allen Seiten angegriffen wird." Wie Fouché bei diesen Schwindeleien gelächelt haben mag!

Wie er sich im allgemeinen die Stellung der Presse dachte, das hat er mit erquickender Offenheit in einem anderen Briefe an Fouché ausgesprochen. Vom 12. März 1810: „Ich beklage mich oft über die Zeitungen; ich glaube aber, man hat ihnen niemals genügend klare Befehle erteilt. Schreiben Sie den Redakteuren folgendes: „Die Redakteure haben keine auf meine Handlungen bezügliche Nachrichten zu veröffentlichen, die sie aus fremden Zeitungen oder Briefen erfahren haben. Sagt z. B. eine fremde Zeitung, daß ich im Theater gewesen sei, so sollen die französischen das nicht wiederholen; oder daß ich einen Vertrag oder irgend etwas anderes abgeschlossen, so sollen sie es nicht sagen, denn Dinge, die sich auf die Regierung beziehen, soll man nicht aus dem Ausland erfahren. Es ist lächerlich, aus einer deutschen Zeitung zu erfahren, daß ich dem Kaiser von Oesterreich Gobelins geschickt habe. Ein Journalist, der eine solche Nachricht aus einer deutschen Zeitung entnimmt, ist offenbar ein Dummkopf und kann nichts zu seiner Rechtfertigung anführen."

Es würde lohnen, eine besondere Ausgabe der Briefe Napoleons an seine Herren Brüder zu veranstalten, denn sie sind höchst erbaulich. Bedenkt man, daß es sich um das Anschreiben von lauter Königen handelt, oder, da er auch seine Schwestern nicht schonte, um Großherzoginnen, so kommen einem diese Briefe geradezu toll vor mit ihrer steten Schulmeisterei und korporalmäßigen Knotigkeit. Das Gesamtergebnis dieser nach vielen Dutzenden zählenden Anranzungsbriefe an die Geschwister ist eben das: er hat unfähige Menschen auf Throne gesetzt und zu Herren über Völker gemacht und hätte doch wissen können, daß sie nicht fähig waren, auch nur einen größeren Pachthof zu leiten. Alle Belehrungen, die er ihnen zuteil werden ließ, fruchteten gar nichts. Der König von Westfalen, der König von Spanien und besonders der König von Holland machten Dummheiten über Dummheiten. Vielleicht aber waren es nur Dummheiten in Napoleons Augen, denn seine Wut gegen seine Brüder rührte meist von ihrer Widerspenstigkeit her. Er hatte sie als Könige eingesetzt, verlangte aber, daß sie höchstens wie Präfekten seinem Wink gehorsam regierten. Seine Einmischungssucht, auch für die untergeordneten Geschäfte der Länder seiner Brüder, kannte keine Grenzen. Wie unglücklich müssen sich die Brüder und Schwestern Napoleons in all ihrem Glanz gefühlt haben, denn ziemlich jede Woche brachte ihnen von dem brüderlichen Tyrannen Briefe, die sich niemand von einem Bruder sonst gefallen ließ. An Louis Napoleon, König von Holland: Ich sehe aus allem, wie eng Ihr Gedankenkreis ist und wie wenig Interesse Sie an der gemeinsamen Sache (d. h. Napoleons) nehmen. Wenn Holland mir zu nichts nütze ist, so schließe ich den Frieden auf seine Kosten. Sprechen Sie mir nicht mehr von Armut; ich kenne die Holländer lange genug. Die erste Machtfrage eines Staats, die erste Sorge eines Königs ist die, eine Armee zu haben. Lieber lassen Sie Ihre Schulden unbezahlt. Nur Weiber weinen und klagen, Männer fassen einen Entschluß. Bringen Sie 30 000 Mann auf. Wenn man in Holland mir durchaus keine Armee stellen will, so werdet ihr im Frühjahr von England überfallen; ich lasse euch zwei Monate in ihren Händen, und die Holländer werden 200 Millionen Kontribution zu bezahlen haben." Und er fügte als Nachwort hinzu: „Man stiftet nur dann Gutes für die Völker, wenn man der Meinung der Schwachen und Unwissenden trotzt."

Ueber den Kopf seines Bruders Jerome Napoleon hinweg ordnete er Blutmaßregeln gegen dessen sogenannte Untertanen an. „Dem Gouverneur von Kassel: Die Einwohner von Hersfeld scheinen schuldig zu sein. Sie müssen eine fliegende Truppe von 4000 Mann hinschicken und die Stadt von oben bis unten ausplündern lassen für die Beleidigung, die man gegen 60 meiner Soldaten verübt hat. Erlassen Sie eine Proklamation, man solle sofort die Waffen ausliefern, und erklären Sie, daß jeder, bei dem Waffen gefunden werden, sofort erschossen wird. Die Stadt Wacht (?) scheint gleichfalls schuldig, sie hat die vier Rädelsführer der Empörung auszuliefern oder sie wird verbrannt. Auch in Eschwege, dem Mittelpunkt der Ansammlungen, sollen die Schuldigen ausgeliefert werden oder die Stadt wird verbrannt. Gleichviel aber, was mit der Stadt geschieht, der Hauptmann, der an der Spitze des Putsches gestanden, wird gefangen genommen und erschossen" usw. usw. — „An den General Clarke, Kriegsminister: „Sie werden sich die Namen der vier Rädelsführer verschaffen, die mit den preußischen Freischaren in Briefwechsel gestanden haben. Zwölf Personen lassen Sie erschießen; andernfalls übergeben Sie die Stadt der Plünderung. Den Menschen, Koch mit Namen, gefangen nehmen und erschießen, der Major L. hat sehr übel daran getan, ihn nicht schon erschießen zu lassen; das ist nicht die Art, seine Aufgabe zu erfüllen. Lassen Sie ferner den Bürgermeister festsetzen und erschießen. Der Kommandant von Küstrin soll eine Proklamation erlassen, die aber nicht in den Berliner Zeitungen zu erscheinen hat, und es soll darin heißen: Jedes Dorf, das den Freischaren Unterstand gibt, ist verantwortlich für jeden Schaden, den sie der französischen Armee zufügen; der Ortsvorsteher, der nicht die Kommandanten der Provinz davon benachrichtigt, wird verhaftet und als im Einverständnis mit den Feinden behandelt; für jeden Kurier, der von den Freischaren festgehalten wird, haftet der Postmeister, der ihn nicht vorher davon benachrichtigt hat."

In Königsberg hatten angeblich zwei Offiziere bei einer Theatervorstellung zwei Pariser Schauspieler aufgepfiffen, die in französischer Offiziersuniform auf der Bühne er-

SLUB
Wir führen Wissen.